

sierung und Entnazifizierung, die Demokratisierung des politischen Lebens, der Verwaltung und des Gerichtswesens, die Entflechtung und Kontrolle der Wirtschaft sowie die Verpflichtung zu Wiedergutmachungsleistungen vor.

Das „Potsdamer Abkommen“ erwies sich jedoch noch vor dem Zerfall der Anti-Hitler-Koalition des Zweiten Weltkrieges als ungeeignet, eine gemeinsame Besatzungspolitik zu gewährleisten. Es enthielt keine konkreten Bestimmungen darüber, welche Fragen Deutschland „als Ganzes“ betrafen. Die Zuständigkeiten des Alliierten Kontrollrats waren nicht klar abgegrenzt, so daß politische Entscheidungen stets von der Auslegung des „Potsdamer Abkommens“ durch die jeweilige Besatzungsmacht abhingen. Dabei zeigte sich sehr bald, daß die vier Okkupationsmächte über die im „Potsdamer Abkommen“ formulierten Grundsätze der Besatzungspolitik — in der Hauptsache über das Wesen der Demokratie und über Weg und Ziel der Demokratisierung in Deutschland — völlig verschiedene Vorstellungen besaßen. Während die drei Westmächte eine Wiedergeburt der parlamentarischen Demokratie in Deutschland anstrebten, ohne darum tiefgreifende Umschichtungen in seiner Gesellschaftsordnung für erforderlich zu halten, verstand die Sowjetregierung das „Potsdamer Abkommen“ als Freibrief für die Errichtung einer „Volksdemokratie“ in ihrer Zone. Volksdemokratie aber heißt Diktatur des Proletariats, denn *„das Regime der Volksdemokratie . . . übt . . . die Funktionen der Diktatur des Proletariats zur Unterdrückung und Liquidierung der kapitalistischen Elemente und zur Organisation einer sozialistischen Wirtschaft aus“*¹¹.

Allerdings verstand es die sowjetische Besatzungsmacht, diese politischen Absichten zunächst zu verschleiern. Neben außenpolitischen Rücksichten dürfte dafür auch die innenpolitische Überlegung ausschlaggebend gewesen sein, nicht durch das offene Eingeständnis revolutionärer Ziele den vorausichtlichen sozialdemokratischen und bürgerlich-demokratischen Widerstand vorzeitig herauszufordern. Zweifellos wurde nicht zuletzt auch die **Beschwichtigung einer potentiellen Opposition bezweckt, als die am 11. Juni 1945 in Berlin wiedergegründete Kommunistische Partei Deutschlands versicherte, „daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem auf zuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland“**. Der auf „gegenwärtig“ liegende Akzent in dieser politisch geschickten Formulierung war damals in seiner vollen Bedeutung ebenso wenig zu ermesen wie der hintergründige Sinn in jener Formulierung, in

11 **Fred Oelßner** „Der Marxismus der Gegenwart und seine Kritiker“, [Ost-] Berlin 1948, zweite Auflage, S. 217 ff.